Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Bw-20-68/20

Aktenzeichen:

Amt: Finanzen
 Datum: 17.01.2020
 Version: 1

zu behandeln in:
 öffentlicher Sitzung
 nicht öffentl. Sitzung

Betreff: Bestätigung der Auflagen zur Haushaltsgenehmigung							
Kurzinfo zum Beschluss							
Finanzielle Auswirkungen: Nein							
Gesamtkosten:	<input style="width: 150px;" type="text"/>	€	Jährliche Folgekosten:	<input style="width: 150px;" type="text"/>	€		
Finanzierung Eigenanteil:	<input style="width: 150px;" type="text"/>	€	Objektbezogene Einnahmen:	<input style="width: 150px;" type="text"/>	€		
Haushaltsbelastung:	<input style="width: 150px;" type="text"/>	€					
Veranschlagung:	<input style="width: 150px;" type="text"/>	Nein	mit	<input style="width: 150px;" type="text"/>	€		
Produktkonto:	<input style="width: 150px;" type="text"/>		FinanzH:	<input style="width: 100px;" type="text"/>	ErgebnisH:	<input style="width: 100px;" type="text"/>	
geprüft und bestätigt:							
						_____ Unterschrift Kämmerer	
geprüft und bestätigt:							
				_____ Amtsleiter		_____ Amtsdirektor	
Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
GV	1	29.01.2020					

Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der GV

Beschluss-Nr.: Bw-20-68/20

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung Borkwalde stimmt der Genehmigung der Haushaltssatzung 2020 mit folgender Auflage zu:

Das unter der Beschluss -Nummer Bw-20-51/19 beschlossene freiwillige Haushaltssicherungskonzept ist konsequent umzusetzen und fortzuschreiben.

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der GV

Begründung

Mit Antrag vom 12.12.2019 wurde die am 04.12.2019 von der Gemeindevertretung Borkwalde beschlossene Haushaltssatzung 2020 mit dem freiwilligen Haushaltssicherungskonzept zur Genehmigung eingereicht.

Mit Schreiben vom 14.01.2020 teilte die Kommunalaufsicht mit, dass sie beabsichtigt, den durch § 2 der Haushaltssatzung festgesetzten Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich ist, gemäß § 74 Abs. 2 BbgKVerf in Höhe von 2.400.000 € mit folgender Auflage zu genehmigen:

Das unter der Beschluss-Nummer Bw-20-51/19 beschlossene freiwillige Haushaltssicherungskonzept ist konsequent umzusetzen und fortzuschreiben.

Eine Kopie des Schreibens ist beigelegt.

Im Zusammenhang mit der Prüfung und Entscheidung über die Genehmigungsfähigkeit der Haushaltssatzung ist die Kommunalaufsicht berechtigt, Auflagen zu erteilen, die dazu dienen, die dauernde Leistungsfähigkeit sicherzustellen, wonach z.B. die Summe aller Zins- und Tilgungsverpflichtungen in der Gegenwart und in der Zukunft die Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht übersteigen darf.

Die Gemeinde hat im Rahmen einer Anhörung bis 21.02.2020 Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

Die Amtsverwaltung empfiehlt, die Auflage zu akzeptieren.